

BR/GT I/92 d/71

Travaux Préparatoires EPÜ 1973

Hinweis:

Die Dokumente zu den Travaux Préparatoires EPÜ 1973 stellen lediglich ein internes Arbeitsmittel der Direktion Patentrecht im Europäischen Patentamt dar. Eine Gewähr für Richtigkeit und Vollständigkeit der Dokumente kann daher nicht übernommen werden.

- Sekretariat -

ARBEITSGRUPPE I

Untergruppe "Ausführungsordnung"

Aufzeichnung der Delegation des Vereinigten Königreichs

In der letzten Sitzung der Untergruppe erklärte sich die Delegation des Vereinigten Königreichs damit einverstanden, dass die Frage geprüft wird, ob der Anwendungsbereich der Bestimmung zu Artikel 69 Nummer 1 - in der von der Untergruppe angenommenen Fassung - in der Weise zu erweitern ist, dass auch andere Situationen als diejenigen erfasst werden, in denen eine Patentanmeldung "als zurückgenommen gilt".

Der Bestimmung zu Artikel 69 Nummer 1 liegt der Gedanke zugrunde, möglichst weitgehend zu vermeiden, dass das Europäische Patentamt eine Entscheidung treffen muss; es besteht nämlich der Eindruck, dass dem Anmelder in den meisten Fällen eine rasche, nur geringe Kosten verursachende Mitteilung eines Bürobeamten genügen wird. Unseres Erachtens ist das vereinfachte Verfahren dieser Bestimmung zur Zeit deswegen auf Fälle beschränkt, in denen eine Anmeldung "als zurückgenommen gilt", weil in solchen Fällen lediglich Tatbestände festzustellen sind. Es braucht nämlich nur festgestellt zu werden, ob der Anmelder die Gebühren entrichtet hat oder ob er rechtzeitig zu einer amtlichen Einwendung Stellung genommen hat.

Unseres Erachtens müsste im Rahmen des vorliegenden Entwurfs wohl noch in anderen Situationen eine Entscheidung getroffen werden, obgleich in diesen Fällen hauptsächlich einfache Tatbestände festzustellen wären; wir schlagen daher vor, dass die Untergruppe in Erwägung ziehen sollte, dass folgende Fälle in die Bestimmung zu Artikel 69 Nummer 1 einbezogen werden:

- 1) Fall, in dem ein Einspruch "als nicht eingelegt gilt" (Artikel 101 Absatz 1), weil die Gebühr nicht entrichtet worden ist. (Die Einbeziehung dieses Falles dürfte eine Aenderung der Bestimmung zu Artikel 101 Nummer 3 zur Folge haben, der

den Fall der Verwerfung des Einspruchs wegen Unzulässigkeit behandelt, für den wohl eine Entscheidung erforderlich ist);

- ii) Fall, in dem eine Beschwerde "als nicht eingelegt gilt", weil die Gebühr nicht entrichtet worden ist (siehe Artikel 111). Hierzu möchten wir darauf hinweisen, dass in bezug auf Beschwerden keine Bestimmung aufgenommen worden ist, die der Bestimmung zu Artikel 101 Nummer 3 entspricht;
- iii) Fall, in dem es ein Einsprucherhebender oder Beschwerdeführer versäumt, den Einspruch oder die Beschwerde zu unterzeichnen oder ein Schriftstück, das den Inhalt eines Telegramms oder Fernschreibens wiedergibt, innerhalb der zulässigen Frist nachzureichen (siehe Bestimmung zu Artikel 66 Nummern 10 und 11);
- iv) Fall, in dem davon ausgegangen wird, dass ein Beschwerdeführer auf die Beteiligung am Verfahren verzichtet (Bestimmung zu Artikel 113 Nummer 2).

In all diesen Fällen enden die Verfahren für eine Partei in derselben Weise wie Verfahren für einen Anmelder, wenn seine Anmeldung "als zurückgenommen gilt". Es gibt jedoch wohl keinen ausreichenden Grund dafür, den Anwendungsbereich der Bestimmung zu Artikel 69 Nummer 1 auf Fälle zu beschränken, in denen die Verfahren für die eine oder andere Partei abgeschlossen sind. Wenn für das Europäische Patentamt die Benennung eines Staates als zurückgenommen gilt (Artikel 78 Absatz 6 in der von der Arbeitsgruppe I im Dezember angenommenen Fassung) oder eine Anmeldung des europäischen Zusatzpatents als Anmeldung eines selbständigen europäischen Patents gilt (Artikel 88 Absatz 4) so wirkt sich dies für den Anmelder nachteilig aus, und wir nehmen an, dass selbstverständlich eine Entscheidung getroffen wird, obgleich nach Artikel 108 Absatz 2 eine Beschwerde in bezug auf den einen oder den anderen dieser Punkte allein nicht stattfinden kann. Wenn wir in der Annahme richtig gehen, dass in diesen Fällen eine Entscheidung zu treffen ist, so würden wir vorschlagen, das Verfahren der Bestimmung zu Artikel 69 Nummer 1 auch in diesen Fällen anzuwenden.

Damit alle zuvor genannten Fälle erfasst werden, könnte die Bestimmung zu Artikel 69 Nummer 1 folgende Neufassung erhalten:

- (1) Stellt das Europäische Patentamt fest, dass
- (i) eine europäische Patentanmeldung als zurückgenommen gilt,
 - (ii) die Benennung eines Vertragsstaates als zurückgenommen gilt,
 - (iii) eine Anmeldung des europäischen Zusatzpatents als Anmeldung eines selbständigen europäischen Patents gilt,
 - (iv) ein Einspruch oder eine Beschwerde als nicht eingelegt gilt oder
 - (v) davon auszugehen ist, dass ein Beschwerdeführer auf seine Beteiligung am Beschwerdeverfahren verzichtet hat,

so teilt es dies dem Betreffenden gemäss Artikel 161 des Uebereinkommens mit.

- (2) Wird die Feststellung des Europäischen Patentamtes angefochten, so kann der Betreffende innerhalb einer Frist von 2 Monaten nach Zustellung der Mitteilung gemäss Absatz 1 eine Entscheidung des Europäischen Patentamts beantragen. Eine solche Entscheidung wird nur getroffen, wenn das Europäische Patentamt die Auffassung des Antragstellers nicht teilt.
-

